

Die Milliarden des Erbprinzen

Alois von und zu Liechtenstein über den Reichtum des Fürstentums, seine Steuerprivilegien und Versteckspielen in der Burg

Durchlaucht, als amtierendes Staatsoberhaupt des Fürstentums Liechtenstein wohnen Sie mit Ihrer Familie in einer Burg oberhalb von Vaduz. Wie lebt es sich dort?

Das ist ein Ort mit viel Charme und Atmosphäre, der aber auch seine Tücken hat. Eine solche Burg im Winter zu heizen ist eine Herausforderung.

Sie sind als Kind in Vaduz in eine ganz normale Schule gegangen. Durften Ihre Schulfreunde nachmittags zum Spielen in die Burg kommen?

Ja, wir haben das ganze Schloss erkundet und Verstecken gespielt. Das war natürlich sehr aufregend.

Als Erstgeborener war ihr Weg als Thronfolger vorbestimmt. Empfangen Sie das zuweilen auch als Last?

Ich habe von meinem Großvater und Vater sehr früh gehört, was mit dieser Aufgabe verbunden ist und mit welchen Themen man sich beschäftigt. Das hat mich von Anfang an interessiert. Natürlich gibt es auch Nachteile. Man ist in dieser Rolle stärker unter Beobachtung als andere Gleichaltrige oder die Geschwister. Aber ich hätte ja auch verzichten können.

Während Prinz Charles in England bis heute darauf wartet, König zu werden, hat Ihr Vater Ihnen schon im Alter von 36 Jahren die Führung der Amtsgeschäfte übertragen. Warum so schnell, so früh?

Es ist bei uns eine Tradition, dass der Monarch die Amtsgeschäfte schon vor seinem Lebensende übergibt. Gerade in den ersten Jahren ist es sehr hilfreich, wenn der Vater dem Sohn hilft, sich auf den vielen verschiedenen Feldern zurechtzufinden. So ist die Kontinuität in der Amtsführung sichergestellt. Das ist sehr wertvoll.

Laut Verfassung könnte das Liechtensteiner Volk die Monarchie mit einer einfachen Mehrheit der Stimmen abschaffen. Das gibt es sonst nirgends auf der Welt. Sehen Sie diese Gefahr?

Glücklicherweise ist die Monarchie in der Bevölkerung sehr populär. In Umfragen schneiden der Fürst und ich immer sehr gut ab. Aber uns ist sehr wohl bewusst, dass das Volk ein Misstrauensvotum gegen den Fürsten aussprechen und die Monarchie abschaffen kann. Das bedingt, dass ich als Staatsoberhaupt sehr genau überlegen muss, ob ich in meiner Amtsführung die Interessen des Volkes auch genügend wahrnehme.

Hat sich diese Mischform aus Monarchie und Demokratie nicht überholt?

Im Gegenteil: In den jetzigen, instabilen Zeiten, in der viele repräsentative Demokratien mit extremen Parteien zu kämpfen haben, stößt unsere direkt-demokratische und parlamentarisch gestützte Monarchie zunehmend auf Interesse. Die Monarchie bringt Stabilität und Kontinuität in die wechselnden Regierungen des Landes. Da ich mich nicht alle vier Jahre einer Wahl stellen muss, scheue ich mich nicht, Themen aufzugreifen, die weniger populär, dafür aber langfristig wichtig sind. Als überparteilicher Monarch kann ich ausgleichend wirken, wenn sich Parteien irgendwo verfahren haben und nicht weiterkommen. Auch kann ich meine Stimme für Minderheiten erheben.

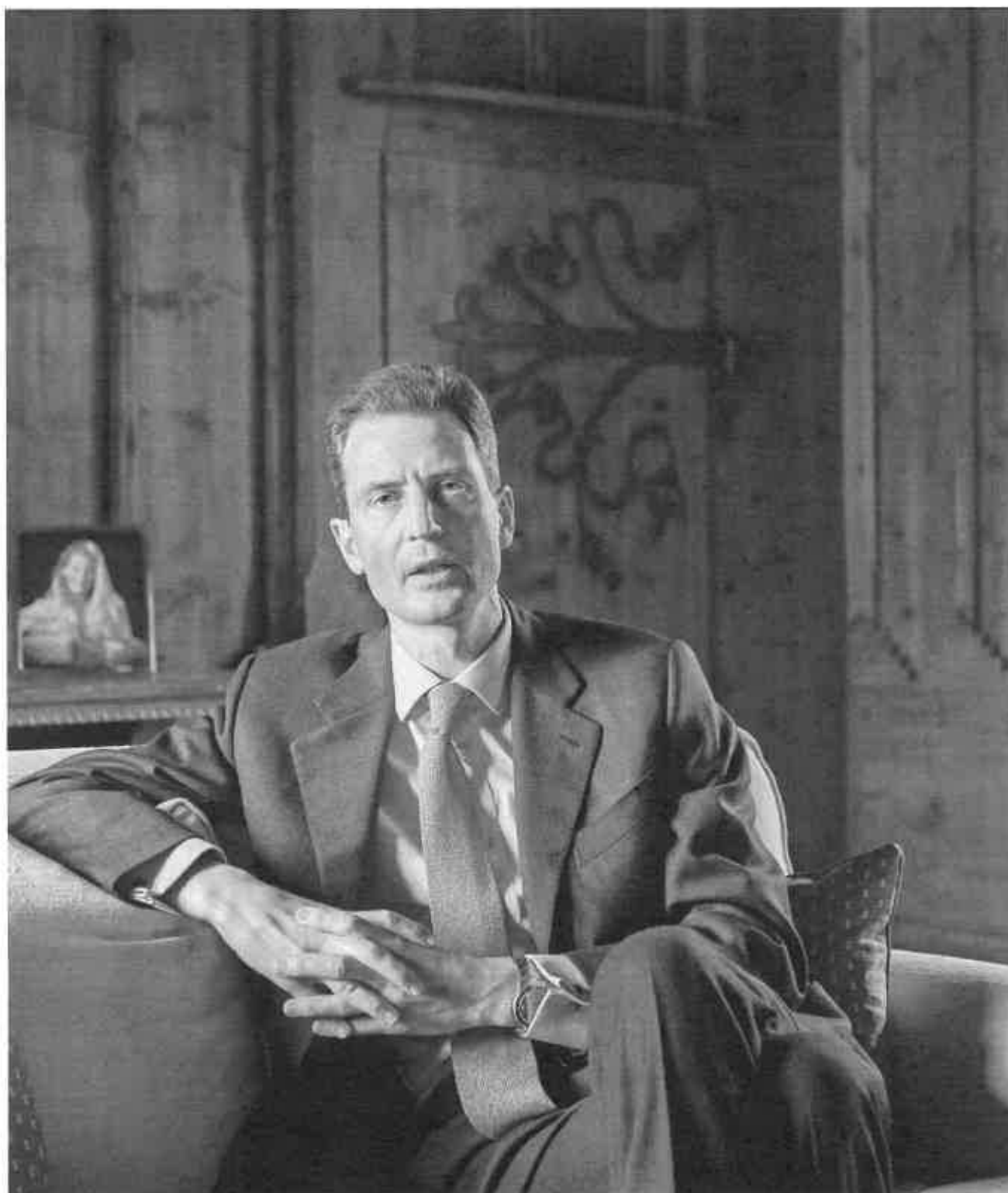
Können Sie ein Beispiel für Ihren Einsatz nennen?

Ich setze mich seit 14 Jahren für eine nachhaltige Sicherung der staatlichen Altersvorsorge ein. Hier tut sich die Politik mit Reformen schwer. Doch in der vergangenen Legislaturperiode haben wir wichtige Fortschritte gemacht und das Pensionsalter um ein Jahr hinaufgesetzt. Außerdem haben wir einen Interventionsmechanismus eingeführt: Wenn gewisse Werte in der Rentenkasse unterschritten sind, müssen automatisch bestimmte Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Sie haben viel mehr Macht als andere Monarchen. Mit Ihrem Vetorecht können Sie Beschlüsse des Parlaments und des Volks aushebeln. Birgt das nicht die Gefahr von Willkür?

Nein. Ich muss mir schon sehr gut überlegen, wann ich ein Veto einlege. Wenn ich dieses Recht willkürlich nutzen und jedes zweite oder dritte Gesetz nicht unterzeichnen würde, käme es sehr schnell zu einem Misstrauensvotum. Seit der Verabschiedung unserer Verfassung im Jahr 1921 haben wir das Vetorecht erst dreimal genutzt. Das war vor meiner Zeit. Wir haben daher auch viele Gesetze gebilligt, die wir persönlich anders formuliert hätten.

Das Fürstenhaus hat aber auch Interessen, die nicht deckungsgleich mit jenen des Landes sind. Ein Beispiel: Als Eigentümer der Bank LGT sind



Erbprinz Alois Philipp Maria von und zu Liechtenstein, 50, ist der älteste Sohn des Fürsten Hans-Adam II. und führt seit 2004 die Regierungsgeschäfte in Liechtenstein. Foto: Jan Rooder

Sie betroffen, wenn die Bankenregulierung verschärft werden soll. Da stecken Sie doch in einem Interessenkonflikt.

In solchen Fällen geht das Landesinteresse vor. So hat sich beispielsweise mein Vater gegen den Widerstand der drei etablierten Großbanken, inklusive der LGT, für die Zulassung weiterer Banken eingesetzt. Außerdem sind in einem Kleinstaat wie Liechtenstein mögliche Interessenkonflikte viel zu offensichtlich, als dass man einseitig seinen Vorteil agieren könnte. Deshalb kennen wir außer bei der Landwirtschaft auch keine gezielten Steuerbegünstigungen oder Subventionen für Unternehmen, sondern haben lieber niedrige Steuern.

Stichwort Steuerbegünstigungen: Ihr Vater und Sie müssen keine Steuern zahlen. Wäre es nicht an der Zeit, auf dieses Privileg zu verzichten?

Im Unterschied zu allen anderen Monarchien bekommen Fürst und Erbprinz vom Staat kein Geld. Unsere Arbeit, unsere Empfänge, unsere Reisen im Dienste des Landes zahlen wir aus der eigenen Tasche. Das summiert sich auf mehrere Millionen im Jahr. Deshalb sind wir von der Steuer befreit. Dies gilt jedoch nicht für unsere Untertanen und die anderen Familienmitglieder.

Ihre Familie gilt als die reichste Adelsfamilie Europas. Allein Ihr Finanzver-

mögen wird auf drei Milliarden Franken geschätzt. Stimmt diese Größenordnung?

Na ja, das ist schwer zu sagen. Ein wichtiger Teil unseres Vermögens ist die Kunstsammlung. Da können sich die Werte schnell ändern.

Die rund 1700 Gemälde, darunter Arbeiten von Cranach, Rubens und Rembrandt, sind mehr als eine Milliarde Franken wert, heißt es. Kommt das hin?

Ja, das dürfte die Größenordnung sein. In den vergangenen Jahren sind die Preise für Kunstwerke deutlich gestiegen. Aber die Bilder werfen keine Erträge ab, außer bei einem Verkauf. Im Gegensatz zu der für uns finanziell schwierigen Phase nach dem Zweiten Weltkrieg, als wir gezwungen waren, Kunstwerke zu veräußern, stehen Notverkäufe heute nicht mehr zur Debatte.

In Liechtenstein und Österreich besitzen Sie 20 000 Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen, ein Weingut und Immobilien, darunter das barocke Stadtpalais in Wien, sowie verschiedene Energieunternehmen, eine Saatgutfirma und die Bank LGT, die inzwischen Kundengelder von mehr als 200 Milliarden Franken verwaltet. Nach welchen Kriterien oder Zielvorgaben führen Sie die fürstlichen Unternehmen?

Wir versuchen, möglichst rentabel zu arbeiten. In der Land- und Forstwirtschaft haben wir stabile Erträge, aber die Renditen sind recht gering. In anderen Bereichen ist die Rendite höher, dafür ist das Geschäft volatil. Genau wie in der Politik sind wir auch in unseren privatwirtschaftlichen Engagements langfristig orientiert. Insgesamt wirft die LGT am meisten ab.

Nicht nur das Fürstenhaus ist reich, auch Liechtenstein selbst geht es sehr gut. Es herrscht Vollbeschäftigung; das Land hat kaum Schulden und gehört zu den wohlhabendsten Staaten der Welt. Dabei war es bis zum Zweiten Weltkrieg sehr arm. Wo liegt das Geheimnis dieses Erfolgs?

Ganz wichtig ist, dass Liechtenstein überhaupt als eigenständiger Staat überlebt hat. Außerdem haben die Zollverträge bis 1919 mit Österreich-Ungarn und vor allem ab 1923 mit der Schweiz sehr geholfen. Entscheidend war jedoch die Öffnung der Märkte nach dem Zweiten Weltkrieg. Wenn wir unsere Produkte und Dienstleistungen nur in unserem winzigen Heimatmarkt absetzen könnten, hätte sich hier keine entwickelte Volkswirtschaft gebildet. Vorteilhaft sind auch die hervorragend ausgebildete Bevölkerung, der liberale Arbeitsmarkt, die niedrigen Unternehmenssteuern und die bürgernahe Regulierung. Liechtenstein war lange Zeit ein Auswanderungsland. Heute ist es umgekehrt. Mehr als die Hälfte der hiesigen Arbeitnehmer kommt täglich über die Grenze zu uns.

Liechtenstein hat einen Ausländeranteil von gut einem Drittel. Trotzdem gibt es, anders als beispielsweise in der Schweiz, keine laute rechtspopulistische Debatte um das Thema Zuwanderung. Woran liegt das?

Im Zuge unseres Beitritts zum EWR Anfang der neunziger Jahre haben wir ausgehandelt, dass wir die Aufenthaltsbewilligungen beschränken dürfen. Wir hatten damals schon ein Drittel Ausländer. Das hat die EU anerkannt und so für Akzeptanz in der Bevölkerung gesorgt.

Die EU will die Schweiz mit einem Rahmenvertrag besser anbinden. Doch

der Widerstand ist groß. Würde Liechtenstein als Standort davon profitieren, wenn dieser Vertrag scheiterte?

Natürlich gibt es Unternehmen aus der Schweiz, die sich für Liechtenstein interessieren, weil wir vollen Zugang zum Europäischen Binnenmarkt haben. Ich fürchte aber, dass im Ernstfall die Nachteile überwiegen. Wir sind über den EWR mit dem Binnenmarkt und über einen Zollvertrag mit der Schweiz verbunden. Wenn sich diese beiden Achsen auseinanderdividieren, wären wir zu einem schwierigen Spagat gezwungen. Etwaige Strafzölle der EU würden Liechtenstein indirekt auch treffen.

Überall auf der Welt wächst der Protektionismus. Bereitet Ihnen das Sorgen?

Ja. Wenn immer mehr Staaten ihre Märkte abschotten, ist das für uns als stark export- und importorientiertes Land sehr nachteilig. Am Beispiel von Liechtenstein kann man gut erkennen, warum der Freihandel kein Nullsummenspiel ist. Ich kann dem einfachen Bürger hier sehr gut erklären, dass sein Job gefährdet ist, wenn seine Firma alle Produkte oder Dienstleistungen nur noch in Liechtenstein absetzen könnte. Freihandel ist der Garant unseres Wohlstands.

Ihre Exportindustrie leidet aber auch unter dem starken Franken. Warum beenden Sie nicht die Währungsunion mit der Schweiz?

Gemäß Umfragen stehen 85 Prozent der Liechtensteiner hinter der Mitgliedschaft im EWR. Der Zollvertrag mit der Schweiz findet aber noch größere Zustimmung. Die Verbundenheit zur Schweiz und zum Franken ist sehr groß. Und der Euro macht es einem momentan auch nicht einfach, politisch betrachtet. Außerdem zwingt die starke Währung unsere Unternehmen dazu, sich ständig fit zu halten.

Das schlechte Image als Zufluchtsort für Steuerhinterzieher hat Liechtenstein dank umfassender Reformen weitgehend abgeschüttelt. Doch zuletzt haben mehrere Treuhänder in die Kassen ihrer Kunden gegriffen.

Die Treuhänder waren am stärksten betroffen von der Neuausrichtung des Finanzplatzes, weil sehr viele Stütungen gelöscht wurden. Im Zuge dessen gab es leider zwei, drei unerfreuliche Betrugsfälle.

Diese Betrugsfälle schaden der Reputation des gesamten Finanzplatzes. Ist es nicht höchste Zeit, die bisher weitgehend selbstregulierte Treuhandbranche an die kurze Leine zu nehmen und stärker zu überwachen?

Ja, ich gehe davon aus, dass es in diesem Jahr zu Reformen kommen wird. Die jetzige Form der Regulierung ist nicht zufriedenstellend. Es wird Gesetzesänderungen geben.

Das Fürstentum feiert in diesem Jahr sein 300-jähriges Bestehen. Was bedeutet Ihnen das?

Liechtenstein ist einer der wenigen Staaten, die seit 300 Jahren in denselben Grenzen existieren. Und das, obwohl wir seit 150 Jahren ohne eigene Armee dastehen. Umso mehr gilt der Dank unseren Nachbarn, mit denen wir schon lange gut und eng zusammenarbeiten.

Ihr 23 Jahre alter Sohn Prinz Joseph soll Ihnen dereinst nachfolgen. Ist er bereit dazu?

Er interessiert sich für die Aufgaben des Staatsoberhauptes, und ich glaube, er würde das gut machen. Aber zunächst soll er sein Jurastudium abschließen und die nächsten Jahre nutzen, um auch im Ausland Erfahrungen zu sammeln. Dann sehen wir weiter. Ich werde ihn nicht in diese Position hineindrängen.

Das Fürstenhaus ist zu einem Milliardenkonzern geworden. Was geschieht, falls Sie merken, dass er mit der Führungsaufgabe überfordert ist?

Der Fürst und der Erbprinz haben keine operativen Führungsaufgaben in unseren Unternehmen, sondern nehmen als Vorsitzender beziehungsweise stellvertretender Vorsitzender der Holding-Stiftungen eine strategische Rolle und Verantwortung wahr. Aber wenn ein Fürst seinen strategischen, politischen und sonstigen Aufgaben nicht gewachsen sein sollte, haben wir als Familie die Möglichkeit, ihn abzusetzen.

Das ist die Theorie. In der Praxis besteht das Risiko, dass Sie diese Kraft am Ende nicht aufbringen.

Für die Familie besteht dann aber das Risiko einer Volksabstimmung über die Abschaffung der Monarchie. Daher müssen die Familienmitglieder darauf achten, dass es nicht zu einer Fehlbesetzung kommt.

Das Gespräch führte Johannes Ritter.



Schwer zu heizen: das Schloss Vaduz, Sitz der Fürstenfamilie